

## Rede von **Dirk Schwerd** zum Kreishalt – Kreistagssitzung 07.03.2018

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Landrätin Sojka,  
sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung,  
werte Anwesende,

wie jedes Jahr erstrecken sich umfangreiche Verhandlungen um den Kreishaushalt und die Auswirkungen auf die Arbeit der Verwaltung und natürlich auch auf die Kreisumlage.

Es ist nunmehr zu konstatieren, dass die nicht erhöhte Kreisumlage, in Bezug auf die Hebesätze auch seitens der Verwaltung anerkannt und der Haushalt hiernach ausgerichtet wurde.

Was waren das vormals für Kämpfe hier in diesem Haus. Die gibt es heute nicht.

An der Stelle ist jedoch deutlich zu betonen, dass die Beibehaltung der Hebesätze kein politisches DOGMA oder gar Selbstzweck ist, sondern der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation der Kommunen im Landkreis geschuldet ist.

Wohlwollend ist daher der Ansatz der Verwaltung in Vorbereitung dieses Entwurfes zu würdigen, die selbst von einem 3 Millionen Defizit ausgehenden Zahlenwerkes nunmehr auf einen ausgeglichenen Haushalt die Titel zurückgeschmolzen haben.

Eingedenk dieser Konstellation ist jedoch auch zu bemerken, dass nunmehr die umgedrehte Situation zu den Vorjahren eingetreten ist und die

Kreistagsmitglieder in den Ausschüssen die Planungsansätze und das erhebliche sowie drastische Abschnitten zu hinterfragen hatten.

Hier wurde uns seitens der Verwaltung transparent zugearbeitet, sodass heute über den Haushalt beschlossen werden kann.

Gleichwohl ist anzumerken und auch zu kritisieren, dass den Kreistagsmitgliedern der Vorbericht bis zum heutigen Kreistag nicht vorlag.

Der Vorbericht ist ein wesentlicher Bestandteil des Haushaltes und als solches auch ein Hilfsmittel für die Kreisräte. Hierauf mussten wir in den Vorberatungen verzichten.

Dies ist also ein Manko für die Arbeit der Kreistagsmitglieder aber auch ein solches für die nunmehr nach dem Bleicherodaer Urteil zu beteiligenden Kommunen des Landkreises.

Wie bereits angesprochen, haben diese in ihrer Stellungnahme Anspruch auf einen vollständigen Haushalt, also auch mit Vorbericht, um die Ansätze selbst prüfen und ihre Stellungnahme hieraus ausrichten zu können. Dem wurde nicht Genüge getan, sodass auch hier ein Defizit verbleibt.

Zur weiteren Einarbeitung in den Haushalt fehlte ebenso die bereits aus den Vorjahren bekannte Übersicht über den Vergleich der Höhe der Kreis- und Schulumlage für die einzelnen Mitgliedskommunen des Landkreises. Anhand dieser Tabelle ist eine tatsächliche Belastung der Mitgliedskommunen erst für das einfache Kreistagsmitglied feststellbar.

Insofern sind wir hier beschränkt auf die Aussage der Verwaltung, dass die Hebesätze gleich bleiben, jedoch die Individualbelastung der Kommunen den einzelnen Kreistagsmitgliedern bis zum letzten Montag nicht bekannt war.

Damit wurden die Fraktionssitzungen ohne solche Unterlagen durchgeführt.

An der Stelle ist auch mitzuteilen, dass der SPD-Fraktion auch die angespannte Personalsituation im Landratsamt bekannt ist.

Keinesfalls sollten diese Ausführungen als Kritik an der Kämmerei, insbesondere den hier fleißig arbeitenden Mitarbeitern verstanden werden. Diesen Mitarbeitern der Verwaltung einschließlich der Person des Beigeordneten Bergmann gehört Dank gesagt, für die vielen Bemühungen, uns das umfangreiche Zahlenwerk zu erschließen.

Wie Sie bemerken konnten, habe ich Frau Landrätin Sojka von meiner Danksagung ausgenommen.

Ich möchte kurz erklären warum.

Nicht nur die Tatsache, dass uns Herr Bergmann regelmäßig die Haushaltsansätze darstellte, ist hierbei kritikwürdig.

Es ist u.a. die Tatsache einer in die Haushaltsberatungen rein platzenden Forderung der Landrätin Sojka nach einem für alle Schüler kostenlosen Transport mit einem Mehraufwand von ca. 1.500.000 EUR für den Landkreis. Dies zu einem Zeitpunkt, bei dem in den Beratungen zu dem Haushalt noch ein Defizit von ca. 150.000 Euro im Verwaltungshaushalt bestand und niemand sich traute, solche Wünsche auch nur anzudenken.

Gegen die Grundidee ist nichts einzuwenden, jedoch ist die Darstellung der Finanzierbarkeit auch ein wesentliches Handwerkszeug von ernsthafter politischer Arbeit.

Insofern ist dem Kreisvorsitzenden der SPD Altenburger Land Herrn Frank Rosenfeld Recht zu geben, der in seiner Stellungnahme hinterfragte, wieso erst jetzt am Ende der Amtszeit Sojka diese Idee von Frau Landrätin in den Vordergrund rückt.

An der Stelle möchte ich auch noch mal an den Antrag zur weiteren Beratung um die etwaige Auflösung der Schulbezirke erinnern, die die SPD-Fraktion am heutigen Tag eingebracht hat.

Hierbei wird auch über die Kosten der Schülerbeförderung zu reden sein. Derzeit ist also die Forderung nach einem kostenlosen, vom Landkreis finanzierten Schülertransport als populistisches und durchsichtiges Wahlkampfmanöver von Frau LRin Sojka zu entlarven.

Zum Haushalt zurückkehrend ist auszuführen, dass dieser einige „Lunker“ beinhaltet. Erlauben Sie mir bitte, diesen Begriff aus der Gießereitechnik zu verwenden, der einen Hohlraum in einem metallischen Zusammenschluss beschreibt.

In dem Haushalt 2018 ist die Pflichtaufgabe in Bezug auf die Anschaffung und Vorhaltung einer Feuerwehdrehleiter nicht enthalten und taucht erst in der Finanzierung im Jahr 2020 auf.

Insoweit wurde seitens der SPD-Fraktion bereits nachgefragt, inwieweit hier davon ausgegangen werden kann, dass die Rechtsauffassung, erst im Jahr 2020 eine solche Drehleiter anzuschaffen, mit der geltenden Rechtslage in Einklang zu bringen ist?

In der SPD-Fraktion besteht Einigkeit darüber, dass Frau Landrätin Sojka hierzu eine Erklärung dem Kreistag schuldet, schon für den Fall, dass eine besondere Gefährdungslage im Landkreis tatsächlich eintritt und der Kreistag über diese Notwendigkeiten nicht hinreichend aufgeklärt wurde.

Wir **fordern** Sie Frau Landrätin Sojka also auf, klar und deutlich Stellung zu beziehen, ob tatsächlich eine solche Drehleiter der Landkreis erst ab dem Jahr 2020 vorhalten muss oder nicht schon seit dem Jahr 2014?

Wir erwarten Ihre Stellungnahme vor Beschlussfassung über die Haushaltssatzung.

Ein weiterer Lunker ist die Finanzierung der Burg Posterstein.

In den Ausschüssen hat die SPD-Fraktion versucht, die Sanierung der Burg Posterstein aus dem Wahlkampfgetöse herauszuhalten und eine gemeinsame Sprachlösung eingefordert, damit das Projekt nicht gefährdet wird.

Hintergrund ist die Tatsache, dass im aktuellen Haushalt die Ein- als auch die Ausgaben des Projektes gleichhoch sind. Jeder seriöse Ansatz ist damit gebrochen, da zunächst der Landkreis mit einer Entwurfsplanung in Vorleistung gehen müsste, um überhaupt Fördermittel abrufen zu können.

Vor dem Hintergrund ist also noch weitere Zuarbeit erforderlich und die Finanzierung dieses Projektes keinesfalls sichergestellt. Aus diesen Überlegungen heraus sollte die Burg Posterstein grundsätzlich nicht im Wahlkampf und damit im Haushalt problematisiert werden. Leider wurde

hierzu seitens der Verwaltungsspitze keine einheitliche Sprachregelung angestrebt.

Mithin muss also hier auch gesagt werden, dass diese Finanzierung, ebenso wie möglicherweise die Finanzierung im Lindenaumuseum, ungesichert ist. Gute Gespräche ersetzen noch keine Finanzierungsvereinbarung.

Die Mahner sollten also nicht öffentlich als Verhinderer gezeißelt werden und eine Landrätin sich nicht als Messias der Fördermittelbeschaffung darstellen. Das wäre unser Wunsch zum Umgang miteinander.

Zum Stichwort **Lindenaumuseum** möchte die SPD-Fraktion hervorheben, dass derzeit das Museum auf einem guten Weg ist, jedoch die Grundsanierung auf einen Beschluss zurückzuführen ist, der mehrheitlich im Kreistag, initiiert durch die SPD-Fraktion, getroffen wurde, nämlich dass die Dach- und Fenstersanierung Vorrang vor einem KUBUS-Anbau hat. Aufbauend auf dieser Rechtslage sind eine Sicherung des Lindenaumuseums und eine konzeptionelle Erweiterung überhaupt erst möglich geworden. Es ist kein Geheimnis, dass auch die Verwaltungsspitze im Landkreis zu den glühenden Verfechtern eines Kubus-Anbaus an das Museum gehörte und die Kritiker dieses Vorhaben massiv angegriffen wurden. Nunmehr ist eine Kehrtwendung erfolgt und das Lindenaumuseums mit Einbindung des Areals im Schlossgarten und dem Marstall konzeptionell auf einem guten Weg.

Die Kritiker von damals sind still geworden und nutzen nunmehr die Konzeption der vormals bedächtig agierenden Kreistagsmitglieder.

Politik ist also offenbar ein veränderliches Geschäft und je nachdem, woher eine Strömung oder ein Wind weht, verändert sich auch die Meinung von Frau LRin Sojka.

Da **Ehrlichkeit** von Politik auch ein zentrales Thema unserer Zeit ist, wird eine Erinnerung an diese Episode, aber auch an ein weiteres hausgemachtes Problem des Landkreises unter der alleinigen Führung der Frau Landrätin Sojka, notwendig.

Insoweit ist auf das den Landkreis weiterbegleitende Loch bei der Finanzierung der übertragenen Aufgabe zur Unterbringung und Begleitung der Flüchtlinge hinzuweisen, wonach noch 445.000 Euro beim Freistaat Thüringen offen sind.

Dieses Geld ist als geplante Mehreinnahme nicht im Haushalt eingestellt, stellt also einen Puffer dar, oder wurde seitens der Verwaltung ausgebucht, weil es keine Hoffnung auf Zahlung mehr gibt.

Aufgeklärt werden konnte dieser Sachverhalt bei den Haushaltsberatungen nicht. Insoweit ist die Nichteintragung als Mehreinnahme im Haushalt ein deutliches Indiz dafür, dass die Zahlung nicht kommt. Nun könnte man dies als solidarische Sonderleistung loben, man kann es aber auch in den Kontext des Haushaltes nehmen.

Von diesen Eigenmitteln könnte man allerhand Positives leisten, wenn man die Hebelwirkung dieser Beträge in Bezug auf den Abruf von Fördermitteln bedenkt. Bei einer 15-prozentigen Eigenmittelbeteiligung wären also ca. 3.000.000 Euro für Sanierungen von Schulen und Straßen abrufbar. Eingedenk der Eigenleistung von 445.000 Euro wäre also ein Volumen von 3.500.000 EUR Investment in die Infrastruktur des Landkreises möglich.

Diese Möglichkeiten haben wir nicht.

Wir haben einen Haushalt, der knapp auf Naht gesetzt ist.

Zusammenfassend stellt die SPD-Fraktion fest:

Ob es sich bei diesem Haushalt insgesamt um eine **Sandburg** handelt, für die es keinen Tsunami braucht, um weggespült zu werden, sondern möglicherweise eine kleine Welle ausreicht, bleibt abzuwarten.

Aus dem beginnenden Wahlkampf haben wir gelernt, dass unsere Frau Landrätin optimistisch ist.

Insofern teilen wir diesen Optimismus in der Schicksalsgemeinschaft, solange wir mit Frau LRin Sojka verbunden sind.

Die SPD-Fraktion wird also mehrheitlich dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Abschließend möchte ich einen persönlichen Wunsch formulieren:

„Möge der neue Landrat ein glücklicheres Händchen haben als die bisherige Amtsinhaberin.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dirk Schwerd